

Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der



Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags: eine Illustration; wochentags: „Der Hausfreund“. — Verkaufspreis: frei Haus vierteljährlich 2,00 Mk., monatlich 0,70 Mk. Bei Abbot. von der Geschäftsst. vierteljährlich 1,80 Mk., monatlich 0,65 Mk. Durch die Post vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 0,80 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 70 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Vereinbarung. — Bei Ausbruch von Konvulsionen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichterhaltung der Zahlungen tritt erstlich der Rabatt und zweit der Grundpreis von 25 Pfg. in Kraft.

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postfachkonto 6746 Breslau.

Nummer 271

Samstag, den 17. November 1918

36. Jahrgang

Ruhen und neues Leben.

(Am Wochenschluß)

Das monarchische Deutschland liegt in Trümmern. Diese Tatsache kann niemand mehr verkennen. Wie immer man fühlen und denken mag, das Trümmersfeld der Monarchie liegt vor unseren Augen, und wir müssen uns damit abfinden, ganz gleich, mit welchen Empfindungen wir das tun.

Der letzte deutsche Fürst hat abgedankt. Nicht an einer einzigen Stelle im Reich hat sich ein Widerstand von Monarchisten gegen diese Umwälzung gezeigt. Auch das ist eine Tatsache, die sich nicht nur uns überwältigend aufdrängt, sondern die auch unser Urteil über den Vorgang bestimmen muß. Als in Rußland die Monarchie zusammenbrach — unter ganz ähnlichen Umständen wie bei uns — haben nicht wenige die Meinung geäußert, die deutsche Monarchie, verankert nicht nur im deutschen Kaiserthum, sondern auch in zwei Duzend Einzelstaaten, werde auch bei einem unheilvollen Kriegsausgang gegen revolutionäre Bewegungen eine sehr viel stärkere Widerstandskraft beweisen. Das Gegenteil hat sich gezeigt; weder die Monarchen selbst, noch ihre Anhänger im Reich, noch die Armeen haben die geringste Anstrengung gemacht, gegen den jähen Zusammenbruch sich aufzulehnen.

Als dem Deutschen Kaiser die Abdankung zuerst nahegelegt wurde, damit er so für seinen Enkel den Thron retze, weigerte er sich mit den Worten: „Ich habe meine Krone von Gott, nur Gott kann sie mir nehmen. Mein Volk und meine Arme stehen hinter mir.“ Welch ein Irrtum! Der Kaiser mußte einige Wochen danach Zuflucht in Holland suchen, offenbar doch deshalb, weil er sich in Deutschland nicht mehr sicher fühlte. Es gibt also keinen Deutschen Kaiser mehr und keinen deutschen Fürsten, und niemand glaubt wohl noch, daß es je wieder eine deutsche Monarchie geben wird.

Solchen Umwälzungen gegenüber muß das Gefühl schweben, daß etwa den alten Zuständen nachzuerntet. Nur der Verstand, das vernünftige Urteil darf zu Worte kommen. Die Vergangenheit ist vergangen, und der Blick darf nur noch auf die Gegenwart gerichtet sein, unsere Wünsche, unsere Entschlüsse auf die Zukunft. Das neue Leben, das vor uns liegt, fordert seine Rechte und unsere Entschlossenheit.

Die auswärtige Lage des Deutschen Reiches ist zum Erbarmen traurig. Wir sind durchaus der Gnade und der Ungnade der Nationen preisgegeben, die gegen uns machen können, was sie wollen. Auch dies ist eine Tatsache, und sie wird vor allen ohne Ausnahme in Deutschland bitter empfunden. Auch hier darf aber der Verstand sein Recht fordern, und er belehrt uns, daß unsere auswärtigen Beziehungen, wenn man sich so noch ausdrücken darf, unser Verhältnis zu unseren Feinden durch die Revolution ganz erhebliche Besserungen schon erfahren hat und weitere verspricht. Selbstverständlich fehlt es bei unseren Feinden nicht an rachsüchtigen, eroberungslustigen Leuten, die uns nicht nur so viel wie möglich abnehmen, sondern uns darüber hinaus in Abhängigkeit verlegen möchten. Aber diese Feindschaft hat nicht mehr das Best in der Hand. Der Umschwung ist unverkennbar, und die Stimmen, gewichtige, mehren sich und werden stärker, die uns die Hand der Veröhnung entgegenstrecken verlangen. Ein geschickter Unterhändler wird aus diesen Worten sehr viel für uns münzen können; er wird in einer ganz ebenso vorteilhaften Lage sein, wie der französische Staatsmann Talleyrand vor einem Jahrhundert, als in Frankreich nach der Unterbrechung eines Vierteljahrhunderts die Monarchie restauriert war und sich dem Schutze des monarchischen Regierens auf dem Wiener Kongress mit so großem Erfolge empfehlen konnte, daß Generale und Staatsmänner der damals siegreichen Verbündeten ärgert ausriefen, Frankreich gehe als Sieger aus den Friedensverhandlungen hervor.

Daß der neue Zustand bei uns im Innern ungeheuren Schwierigkeiten begegnen und neue hervorrufen wird, ist leider unverkennbar. Einstweilen beruht die neue Ordnung auf dem entschlossenen Willen der Soldaten. Sie haben die Parteien zur Verständigung gezwungen, aus deren Mitgliedern die neue Regierung in Berlin zusammengesetzt ist. Zwischen diesen Parteien bestanden und bestehen Gegenstände von einer Tragweite, die kaum geringer ist, als der Unterschied zwischen einer Monarchie und einer Republik, zwischen der alten und der neuen Staatsordnung in Deutschland. Wäre dieser Gegensatz mit Gewalt zum Austrage gebracht worden, so würden wir jetzt in einem Chaos leben. Dies verhindert zu haben, ist das Verdienst unserer revolutionären Soldaten.

Die Soldaten haben sich auch mit großer Entschiedenheit als Vertreter des Willens aufgeworfen, die Entscheidung über die neue Staatsordnung in die Hände des Volkes zu legen durch die schleunige Berufung einer verfassungskonformen Volksvertretung, einer konstituierenden Nationalversammlung, kurz ausgedrückt: einer Konstituante. Ihre Berufung muß die Lösung aller Vermisungen sein. Sie ist jetzt die Parole der neuen Ordnung und hier die der ungeheuren Mehrheit der Nation. Wo

Immer Männer miteinander reden über den Zustand des Vaterlandes, werden sie über alle Gegensätze hinweg einig sein müssen in der Forderung, daß so schnell wie möglich eine Konstituante gewählt wird, die neue Ordnung begründet und sie gegen Putsch und Chaos sichert. Das staatsrechtliche Grundprinzip jeder Demokratie ist der Wille der Mehrheit der Nation; mit diesem Prinzip steht und fällt sie.

Die beiden größten Schwierigkeiten der nächsten Wochen sind die Ernährung der Großstädte und die Regelung der Heimkehr unserer Soldaten. Diese wird sich nicht immer und überall in glatter Ordnung vollziehen. Eine ungeordnete Ansammlung von Soldaten in den Hauptstädten birgt Gefahren in sich, deren Größe kaum überschätzt werden kann. Vermittelt die neue Regierung mit Hilfe der Soldatenräte diese Gefahren, dann ist sie über den gefährlichsten Berg hinweg.

Die politische Schulung der deutschen Nation würde dann eine glänzende Probe bestanden haben — 17. 11.

Alle Reichsämter heißt.

Appell des Soldatenrats an die Völker der Entente. Berlin, 15. November.

Nach dem Beschlusse des Rates der Volksbeauftragten sind die Reichsämter wie folgt besetzt worden:

- Auswärtiges Amt Dr. Solf,
- Reichsschatzamt Schiffer,
- Reichswirtschaftsamt Dr. August Müller,
- Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation Dr. Koeth,
- Kriegsernährungsamt Emanuel Wurm,
- Reichsarbeitsamt Bauer,
- Reichsjustizministerium Schenk,
- Reichsmarineamt v. Mann,
- Reichsjustizamt Dr. Krause,
- Reichspostamt Rüdlin.

Ferner gehören den Reichsämtern als Unterstaatssekretäre an: Auswärtiges Amt Dr. David, Kriegsernährungsamt Robert Schmidt, Reichsarbeitsamt Giesberts. Als Beigeordnete werden den Staatssekretären zur Seite gegeben: Auswärtiges Amt Karl Lautzky, Reichsschatzamt Eduard Bernstein, Reichswirtschaftsamt Dr. Erdmann (Köln), Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation Böhner und Schumann, Reichsarbeitsamt Jäckel, Kriegsministerium Göhre und Däumig, Reichsmarineamt Nocke und Bogherr, Reichsjustizamt Dr. Oskar Cohn. Staatssekretär Erzberger wird gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt die Friedensverhandlungen einleiten. Wegen der Befehung des Reichsamt des Innern schweben noch Verhandlungen. Die bisherigen Staatssekretariate behalten vielmehr nach dem Willen der Reichsleitung ausdrücklich und uneingeschränkt ihre Arbeitsgebiete und erledigen die ihnen gegebenen Aufgaben nach der generellen Anweisung der Reichsregierung.

Ein Aufruf an die Völker der Entente

wird vom Bollzugsrat des Groß-Berliner Soldatenrats erlassen. Es heißt darin:

Die anderen Völker haben von dem freibilligen Deutschland nichts mehr zu befürchten. Wie die Gewaltpolitik im Innern, so soll auch die Gewaltpolitik nach außen in Deutschland für immer dahin sein. Niemals wieder soll der deutsche Militarismus sein Haupt erheben. Die Wiederherstellung des aus tausend Wunden blutenden Deutschlands, die Neuordnung seines Wirtschafts- und Staatslebens, die Erlösung des Volkes von Hunger, Entbehrungen und anderen Nöten kann aber nicht gelingen, wenn ihm von den Regierungen der Entente unerträglich harte Waffenstillstands- und Friedensbedingungen auferlegt werden. Wir appellieren daher an das Gerechtigkeits- und Soldatenrechtsgefühl der uns bisher feindlichen Völker und reichen ihnen über die Schützengräben hinweg die Bruderhand. Ihr Arbeiter Frankreichs, Englands, Italiens usw. habt oft versprochen, daß ein solcher Frieden unser Ziel sei. Habt jetzt euer Versprechen zur Tat werden. Tretet dafür ein, daß die Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland dem wirtschaftlichen Ruin und dem völligen Untergang preisgeben, gemildert werden. Tretet dafür ein, daß ein Friede zustande kommt, der den Aufbau einer neuen glücklicheren Welt ermöglicht.

Eberts Mahnungen an die Soldatenräte

In einer im Reichstag zusammenberufenen Delegiertenversammlung sämtlicher in Berlin anwesenden Soldatenräte wurde nochmals der Versuch, eine „Rote Garde“ aus Zivilisten zu bilden, auf das schärfste zurückgewiesen. Der an der Spitze des regierenden Kabinetts stehende Volksbeauftragte Ebert führte in der Versammlung aus:

Ich habe keine Sorge für die neue Regierung, denn sie darf in der Tat für sich in Anspruch nehmen, daß sie getragen ist von dem Vertrauen der breiten Massen. Da haben wir nichts zu befürchten. Wir haben Nachrichten, daß die Truppen vorn an der Front geordnet in den Waffenstillstand gegangen sind. Anders ist es in der Stappel. Da hat sich vielfach eine Last schnell nach Hause zu kommen, geltend gemacht. Die Truppen sind zu kurz! Eine Anzahl Leute fürchten, nicht rechtzeitig aus dem zu räumenden Gebiet und der neutralen Zone herauszukommen. So ist gemeldet worden, daß bereits in Baden und Württemberg die zurückflutende Truppe eine große Gefahr für die innere Sicherheit des Landes bildet. Es sind Verhandlungen eingeleitet, die uns schnellstens

Lebensmittel aus Amerika zugeführt werden. Dazu brauchen wir Ruhe, Ordnung und Transportmittel. Alle Soldatenräte müssen sich in den Dienst der Organisation stellen, damit die Demobilisierung sich schnell und glatt abwickelt und die Wirtschaftsverföhrung nicht zu Schaden kommt.

Gegen ungeordnetes Zurückfluten der Truppen.

Der Rat der Volksbeauftragten spricht dem Kölnen A.S.R. Dank aus für seine Anordnungen, wodurch eine ungeheure Katastrophe und das Chaos vermieden worden sind, die durch die planlos zurückflutenden Truppenteile und die aus Furcht vor Internierung fliehenden, im militärpflichtigen Alter stehenden Zivilpersonen zu entstehen drohten. Zum Auffangen dieser Leute ist im Stappengebiet ein Kordon gebildet worden, der die zurückflutenden Soldaten aufnimmt, sie ihren Truppenteilen zuführt und für die Einsammlung der Waffen sorgt. Ein zweiter Kordon wird an allen Rheinübergängen gebildet werden. Das Verhalten des A.S.R. in Köln ist für sämtliche A.S.R. vorbildlich. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben dieser Körperschaften, daß sie den von ihren Truppenteilen getrennten Soldaten möglichst rasch zur Rückkehr in die Truppe oder in die Erbsformation und damit zur Regelung ihrer Verpflegungs- und Ernährungsverhältnisse verhelfen.

Vorarbeiten für die Nationalversammlung.

Das neue Berliner Organ für die unabhängigen Sozialdemokraten, die Freiheit, teilt mit, daß mit den Vorarbeiten für den Entwurf der Wahlkreiseinteilung zur konstituierenden Nationalversammlung bereits im Reichsamt des Innern begonnen ist. Man nimmt an, daß in Preußen die bisherigen Regierungsbezirke die Wahlkreise für die nach dem Verhältniswahlssystem vorzunehmenden Wahlen bilden werden.

Proteste gegen Wiedereinsetzung der Offiziere.

Der Oberste Soldatenrat der Dissektion in Kiel hat an die „Republikanische Regierung zu Sünden des Reichskanzlers Herrn Ebert, Berlin“ ein Schreiben gerichtet. In dem Schreiben heißt es, nach vorliegenden Berichten gaben im Berliner Soldatenrat vorwiegend Offiziere den Ton an, besonders auch in Marineangelegenheiten. Damit könne man sich in Kiel nicht einverstanden erklären, und müsse sich eigene Entschlüsse vorbehalten. Ebenso veröffentlichen die Vertreter des A.S.R. in Leipzig, Dresden und Chemnitz Proteste gegen die von der Reichsregierung getroffenen Bestimmungen über Heeresdisziplin, wonach das Vorgesetztenverhältnis der Offiziere zu den Mannschaften bestehen bleibt und die Soldatenräte nur beratende Stimmen bei Fragen der Verpflegung, des Urlaubs und der Verhängung von Disziplinarstrafen haben sollen.

Der erste deutsche Bauernrat.

In dem schlesischen Kreise Jauer hat sich ein Bauernrat als erster im Deutschen Reich nach dem Wunsch der Regierung gebildet. Es wurde beschlossen, den Bauernrat aus drei Bauern, drei Landarbeitern und einem ländlichen Handwerker zusammenzusetzen. Der Bauernrat wurde sofort durch Stimmzettel gewählt. Die Versammlung war mit dem Vorsitzenden der Meinung, daß die Bildung eines Bauernrates, der mit dem A.S.R. zusammenarbeite, bei der Sicherstellung der Volksernährung Ersprießliches leisten werde.

Verschiedene Meldungen.

Berlin, 15. Nov. Der Bollzugsrat des A.S.R. beim Stellv. Generalkommando des 8. Armeekorps in Berlin hat sich als Zentralinstanz für die Soldatenräte im ganzen Reich konstituiert.

Berlin, 15. Nov. Das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation teilt mit: Die von den stellvertretenden Generalkommandos, den Festungskommandos und Festungskommandanturen erlassenen Bekanntmachungen betreffend die Meldepflicht der Arbeitsnachweise über Arbeitsgehuche und offene Stellen bleiben zunächst im Interesse der wirtschaftlichen Demobilisation in Kraft.

Berlin, 15. Nov. Der Kommandant von Berlin, Otto Wels, macht bekannt: Die außerordentliche Unsicherheit zwingt dazu, die Sicherheitsorgane so stark wie möglich zu bewaffnen. Ich bestimme deshalb, daß Schutzleute und Gewandarmen in Zukunft Waffen tragen dürfen.

Berlin, 15. Nov. Der Freiheit zufolge wird der Herausgeber der Welt am Montag, Hellmut v. Gerlach, die Stelle eines Unterstaatssekretärs im Ministerium einnehmen. Mit der Leitung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten ist der bisherige Unterstaatssekretär Hoff beauftragt worden.

München, 15. Nov. Das an der Organisation des Soldaten-, Arbeiter- und Bauernrates beruhende erste Parlament der bayerischen Republik wird sich als die konstituierende Nationalversammlung voraussichtlich als Körperschaft den Namen eines „provisorischen Nationalrates“ beilegen.

Preussisches Herrenhaus „beseitigt“.

Abgeordnetenhaus aufgelöst.

Unmittelbar nach Bekanntgabe seines Regierungsprogramms hat die neue preussische Regierung einen weiteren Schritt getan, durch den die tiefgehende Ver-

änderung der innerpolitischen Verhältnisse dargelegt wird. Eine amtliche Kundgebung besagt:

Berlin, 15. Nov. In Übereinstimmung mit einem Beschlusse des Vollzugsrats des AER verordnen wir was folgt: Das Haus der Abgeordneten wird hierdurch aufgelöst, das Herrenhaus wird beseitigt.

Unterzeichnet ist die Verordnung von den Mitgliedern der preussischen Regierung Hirsch, Ströbel, Braum, Emil Ernst, Ad. Hoffmann, Dr. Rosenfeld. Damit ist der vielfach verschlungene Knoten der preussischen Wahlreformfrage, um dessen Auflösung sich so lange die Geister bemühten, gleichsam mit dem Schwerte durchschlagen. Die Neuwahl für das Abgeordnetenhaus wird unter den jetzigen politischen Machtverhältnissen nach dem gleichen, direkten, allgemeinen und geheimen Wahlrecht erfolgen. Das Herrenhaus soll nicht wieder auferstehen. Ob an seine Stelle irgendeine andere Körperchaft zwischen Regierung und Volksvertretung eingeschoben wird, bleibt Zukunftsfrage.

Die Verwaltung unter Kontrolle des AER.

In alle preussischen Ober- und Regierungspräsidenten ist ein Erlaß gerichtet worden, in dem es heißt: Die Vertreter des AER bzw. Bauernrates haben als Kontrollinstanz den einzelnen Verwaltungsbehörden, insbesondere also den Oberpräsidenten, Regierungen, Landratsämtern zur Seite zu treten und sind bei allen wichtigeren Verhandlungen zuzuziehen. Die Form dieser Beziehung wird sich vom Standpunkte gegenseitiger lokaler Unterstützung im einzelnen leicht finden lassen, wenn dabei das Ziel unbedingter Fernhaltung jeder Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Auge behalten wird.

Die Neuordnung im Reiche.

Hannover. Die verworrenen Mitteilungen über die Bremer „fliegende Division“ sucht eine an Hannoverische Blätter gerichtete Zuschrift des AER aufzuklären. Wir entnehmen dieser folgende Einzelheiten: In letzter Nacht ist eine größere Zahl plündernder Soldaten verhaftet worden, darunter die Hauptkorympen der sogenannten „Bremer fliegenden Division“. An entwendeten Geldern ist diesen Mordbrennern allein die Summe von 32 000 Mark abgenommen, außerdem Lebensmittel, Bekleidungsstücke aller Art und Waffen. Sie werden durch ein außergerichtliches Verfahren abgeurteilt werden. — Nach der planlosen Beschädigung des Hauptbahnhofes ist der Rest der Horde abgereist. — Die Bösmanns Telegraphen-Bureau mitteilt, trifft die Meldung, daß 20 Angehörige der „fliegenden Division“ erschossen seien, nicht zu.

Karlsruhe. Die vorläufige badische Volksregierung gibt bekannt, daß der Großherzog auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichte, daß sich alle Staatsgewalt in den Händen der vorläufigen Regierung befindet und Baden nunmehr eine freie Volksrepublik sei. Die Wahl zur Nationalversammlung, die über die endgültige Staatsform entscheiden soll, werde am 5. Januar 1919 erfolgen.

Hamburg. Der Hamburger AER, der bereits am 12. November das Aufgeben des Bundesstaates Hamburg in die tatsächlich noch gar nicht bestehende allgemeine deutsche Republik erklärt hat, gibt jetzt folgende Erklärung ab: „Hamburg besteht als Staat und Träger von vermögensrechtlichen Fragen und Rechten fort, bis im Reiche über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entschieden sein wird. Die Finanzdeputation in Hamburg bleibt nach Maßgabe der bestehenden Gesetze zur Vertretung des Staates nach außen für allein dazu berechtigt, mit rechtsverbindlicher Kraft Verpflichtungen einzugehen und Notgeld auszugeben.“

Bremen. Der AER veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Der AER hat die Ausübung der politischen Gewalt im Bremer Staatsgebiet übernommen. Senat und Bürgerchaft bestehen nicht mehr.“

Altenburg. Der Herzog von Sachsen-Altenburg hat für sich und seine Nachkommen auf den Thron verzichtet.

Dresden. Das sächsische Ministerium teilt in einer Erklärung mit, daß es bereit ist, die anvertrauten Ministerien weiter zu verwalten, insoweit und solange dazu die Möglichkeit bleibt.

Die Besetzung von Elsaß-Lothringen.

Ernennung französischer Oberkommissare.

Der französische Ministerrat hat sich bereits mit der Organisation von Elsaß-Lothringen befaßt und zu Oberkommissaren der Republik ernannt: für Straßburg den Generalkommissar für öffentliche Sicherheit, Laringer, für Metz den Präfekten des Departements Meurthe-et-Moselle, Mirran, und für Colmar den Staatsrat Doulet.

Aus Paris wird gemeldet, daß die deutsche Demobilisation wünschenswert verläuft. Demnach würden die Amerikaner in der nächsten Woche und Straßburg vorrücken, wo sie ungefähr in der nächsten Woche eintreffen werden. Die offizielle Übernahme der beiden Städte wird durch Foch erfolgen. Clemenceau und Poincaré werden dabei anwesend sein.

In der Schweiz sind zehn deutsche Flugzeuge gelandet; zwei gingen bei Schaffhausen, drei bei Rapperswil, zwei bei Yverdon (Genève), zwei auf dem Flugplatz Dübendorf und eines bei Oberau im Turgau nieder. Alle Inzassen wurden vorläufig festgenommen, die Apparate sind interniert.

Besetzungsmissionen für Deutschland vor der Abfahrt.

Die verschiedenen Hilferufe aus Deutschland sollen in Amerika tiefen Eindruck gemacht haben.

Die Londoner „Times“ melden: Acht ehemalige deutsche Dampfer verlassen am 19. November mit Lebensmitteln für Deutschland beladen Newyork.

Man stellt in der amerikanischen Presse teilweise einen scharfen Stimmungsumschwung gegenüber Deutschland fest. Der Ton, der in den Blättern angeschlagen wird, ist durchaus verständlich und darauf abgestimmt, daß man sich dem schwer bedrohten deutschen Volke gegenüber großmütig zeigen müsse.

Aufruf zur pünktlichen Ablieferung der U-Boote.

Die deutsche Waffenstillstandskommission läßt durch Vermittlung der Reichsregierung sämtlichen U-Bootmannschaften und beteiligten Werftarbeitern mitteilen, durch direkte Befragung des englischen Admirals Sir Bonham Wemyss habe sie festgestellt, daß sämtliche Besatzungen der nach dem Waffenstillstandsvertrage auszuliefernden U-Boote alsbald nach deren Eintreffen in den von England bestimmten Häfen in die deutsche Heimat zurückbefördert werden würden. Es ist dadurch jede Gefahr für die persönliche Freiheit und Sicherheit der Besatzungen ausgeschlossen. Werden die U-Boote nicht pünktlich abgeliefert, so können die Alliierten Belgien und den Waffenstillstand kündigen. Diesem Unheil müßten die U-Bootmannschaften vorbeugen. Der AER Wilhelms-

haven kämmt sich diesem Aufruf an und teilt mit, daß er in Gemeinschaft mit dem Staatssekretär des Reichsmarineamts folgendes beschlossen habe:

Sämtliche Mannschaften derjenigen Schiffe, die nach einem feindlichen Hafen überführt werden, werden mit 10 000 Mark versichert, welcher Betrag im Falle des Todes den Angehörigen zu zahlen ist. Im Falle eines Unfalles wird eine dementwprechende Sonderrente gewährt. In Anbetracht des schweren Dienstes auf den U-Booten wird den verheirateten Kameraden dieser Boote außerdem für jede Überführung eine Prämie von 500 Mark, den Unverheirateten eine solche von 300 Mark gewährt. Sofort nach Rückkehr der U-Bootleute werden dieselben nach ihrer Heimat entlassen.

Englische Kriegsschiffe in der Ostsee.

Eine englische Flottenabteilung erschien im großen Belt. Es waren Schiffe jeder Größe. Die Flotte wartet die Abkrümung der Minen ab. Gestern früh haben dänische Kriegsschiffe mit der Säuberung des Belts angefangen. Zahlreiche englische U-Boote sollen bereits in die Ostsee eingelaufen sein.

Die Lage auf dem linken Rheinufer.

Wie der Köln. Volksz. von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, wird die Einheit der Verwaltung und der Zusammenhang zwischen den linksrheinischen Gebieten und dem übrigen Teil Deutschlands auch während der feindlichen Besetzung gewahrt bleiben. — Der Kölner AER beschloß, alle militärischen Bestände der Festung Köln sofort zu beschlagnahmen und sie außer Geschützen, Waffen sowie Munition dem gebildeten Wohlfahrtsausschuß der Stadt Köln unter Leitung des Kölner Oberbürgermeisters für die Zivilbevölkerung zur Verfügung zu stellen. Der Wohlfahrtsausschuß ist aus den verschiedensten Gesellschaftsklassen gebildet.

Polnischer Anschlag auf Posen.

Die zerfahrenen Verhältnisse im polnischen Staate veranlassen anscheinend unruhige Elemente andauernd zu gewagten dummen Streichen.

In der Nacht auf Donnerstag erschienen, wie das B. Z. meldet, polnische Offiziere in Automobilen in Posen. Sie forderten von der Stadtverwaltung und dem Kommandanten die Übergabe der Stadt Posen. Man muß damit rechnen, daß polnische Legionäre den Versuch machen werden, schon in den nächsten Tagen in Posen einzuzuziehen.

Diese Maßnahmen der Polen, die anscheinend die Friedenskonferenz vor eine vollendete Tatsache stellen wollen, verstoßen gegen die Waffenstillstandsbedingungen und erfordern jedenfalls sofortige Gegenmaßnahmen der neuen Reichsleitung.

Verschiedene Meldungen.

Berlin, 15. Nov. (Amtlich.) Um jeden Zweifel auszuscheiden, wird nochmals zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Oberbefehlshaber Ost mit den ihm unterstellten Kräften sich durch eine Erklärung gegenüber den AER Berlins in gleicher Weise wie die D. S. B. der neuen Reichsregierung zur Verfügung gestellt hat.

Amsterdam, 15. Nov. Nach Meldungen aus London halten deutsche Truppen Lettow-Vorbeck's in Ostafrika noch immer mit einer Truppenmacht von 1000 Eingeborenen und 300 Deutschen stand. Die Deutschen haben keine Geschütze, aber viel Maschinengewehre.

Hamburg, 15. Nov. Das deutsche Minenschiff, das auf der Fahrt von einem dänischen Hafen nach den norwegischen Gewässern von einem anderen deutschen, revolutionären Schiff torpediert wurde, ist nicht die „Schleien“, sondern deren Schwester „Schleswig-Holstein“.

Glogau, 15. Nov. Hier kamen in der Nacht auf Sonntag Plünderungen vor und der Landrat mußte flüchten. Infolgedessen wurde der bisherige Leiter der Umsturzbewegung, der 22-jährige Karl Specht, gestürzt und in öffentlicher Volksversammlung auf dem Marktplatz der bisherige Bezirkskommandeur Oberst Hode einstimmig zum Befehlshaber ausgerufen. Specht mußte wegen der Erbitterung der Menge in Schutzhaft genommen werden.

Büchling, 15. Nov. In Büchlinger diplomatischen Kreisen glaubt man, daß es nicht wahrscheinlich ist, daß Erzberger Mitglied der Friedens-Delegation wird, da er nicht auf gutem Fuße mit dem Reichsfinanzler Ebert steht. Man glaubt, die Delegation erhält Scheidemann zum Führer.

Karlsruhe, 15. Nov. Fortgesetzt durchziehen große Lastautomobile, die mit zahllosen Frontsoldaten beladen sind, die Hauptstraße der Stadt. Die Automobile fahren in der Regel sofort weiter landeinwärts in das nicht mehr zur neutralen Zone gehörende Reichsgebiet.

Paris, 15. Nov. Um die vorläufigen Friedensverhandlungen in Gang zu bringen, sind Valfour und Sonnino in Paris angekommen. Lloyd George und Orlando werden innerhalb weniger Tage erwartet.

London, 15. Nov. Das neutrale Bureau erfährt: Es ist zwar unmöglich, daß der Feind noch weiter Widerstand leisten werde, aber es könnte doch noch Schwierigkeiten entstehen. Infolgedessen wäre es vorläufig unvorteilhaft, die englischen Streitkräfte ansehnlich zu vermindern.

Die Marine und der Umsturz.

Vorgeschichte der Revolution.

Bekanntlich hat die Marine besonderen Anteil an den Umsturzereignissen genommen; nur waren bis heute die Beweggründe dazu nicht genügend bekannt. Darüber gibt jetzt der Vorwärts nähere Auskünfte. Er sagt, daß die Revolution nicht erst am 5. November, sondern schon reichlich eine Woche früher eingeleitet habe.

Niel war der zweite Akt.

nicht der erste Akt der Revolution. Der erste habe sich schon vorher auf der gesamten Hochseeflotte abgepielt und zwar am 28. Oktober, als die ganze Schiffsflotte den Befehl zum Auslaufen gegen England erhielt. Aus Briefen von Offizieren sei bekannt geworden, daß die Flotte lieber im Kampf untergehen als den Engländern ausgeliefert werden sollte.

Die Flotte meuterte.

Die Matrosen widerlegten sich der Ausfahrt. Ansprachen der Offiziere, Beruhigungskreden, Verhandlungen — nichts half. Der Versuch der Ausfahrt wurde wiederholt, er mißlang wieder, er mißlang ein drittes Mal. Auf den Geheimbefehl „Vorhaben ist unbedingt auszuführen“ kam jedesmal die Antwort: „Vorhaben ist nicht ausführbar.“ Soweit der Vorwärts über die Bewegung in der Marine. Von anderer Seite werden noch nachstehende ergänzende Daten gegeben. Danach versuchten in erster Linie die Offiziere des dritten Geschwaders in Wilhelmshaven für das Auslaufen der Flotte zu werben. Hier war es hauptsächlich der

Widerstand auf der „Markgraf“.

ber die Angelegenheit zum Klappen brachte. Auf der „Markgraf“ weigerten sich die Matrosen von vornherein, an einem etwaigen Vorstoß gegen England teilzunehmen, und lehnten zu diesem Zwecke dem Befehl, mehr Kohlen an Bord zu nehmen, Widerstand entgegen. Daraufhin ließ der Kommandant die widerwilligen Seizer, etwa 80 an

der Zahl, festnehmen und gleichzeitg den Befehl ergehen, daß 3. Geschwader nach Kiel zu fliehen. So kam das 3. Geschwader am 31. Oktober nach Kiel, wo die verhafteten Seizer sofort in das Marinearrestlokal abgeführt wurden. Diese Abführung durch die Straßen Kiels erregte bei der Mannschaft große Erbitterung, und ihr Verhalten ging nun dahin, die Gefangenen zu befreien. Zu diesem Zwecke wurde auf den 1. November nach dem Kieler Gewerkschaftshaus eine Versammlung einberufen und in dieser Versammlung ein Kieler Matrosenrat gegründet. Von da an datiert dann der Beginn der Revolution.

Schlusssdienst.

(Draht- und Korrespondenz-Meldungen.)

Danknote nach Washington.

Berlin, 15. Nov. Die deutsche Regierung hat eine Note nach Washington gefandt, in der mit Dank davon Kenntnis genommen wird, daß Präsident Wilson gewillt ist, die Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland in gütigstem Sinne zu erwägen. Es wird darauf hingewiesen, daß größte Eile notwendig ist und daß die Annahme der dringenden Waffenstillstandsbedingungen mit ihren Folgen die Lage bei uns täglich untragbarer mache. Die Gefahr anarischer Zustände könne nur bei schnellster Hilfe beseitigt werden. Die deutsche Regierung bittet deshalb so schnell als möglich Vertreter nach dem Haag oder einem anderen Orte zu senden, um dort mit deutschen Bevollmächtigten die Einzelheiten zu beraten.

A. O. R. „Heimatschutz-Ost“.

Berlin, 15. Nov. (Amtlich.) Der Schutz der baltischen Provinzen gegen die aus den Gebieten östlich der Reichsgrenze drohenden Gefahren wird einheitlicher Leitung unterstellt. Hierfür wird in Gemeinschaft mit dem zuständigen AER das A. O. R. „Heimatschutz-Ost“ gebildet. Der Unterstaatssekretär gen. Wöhre, der Kriegsminister gen. Schöch. Zu dieser gegen die polnischen Übergriffe gerichteten Maßregel ist noch zu bemerken, daß der Rat der Volksbeauftragten auch bei der Entente Einspruch gegen das Vorgehen der Polen erhoben hat.

Seine deutschen Kriegsschiffe in Schweden.

Berlin, 15. Nov. Das Kopenhagen als Internierungshafen für unsere Kriegsschiffe in Aussicht genommen sei, ist in hiesigen amtlichen Stellen nicht bekannt. Ebenso ist es unbekannt, daß drei revolutionäre Schiffe in Schweden angekommen sein sollen.

Einzahlungen auf die 9. Kriegsanleihe.

Berlin, 15. Nov. Die Einzahlungen, deren Zeichnungsfrist am 6. November abgelaufen war und auf die bis zum gleichen Tag die erste Rate mit 30% geleistet werden mußte, erreichten am 7. November bereits den Betrag von nominal 8990 Millionen Mark, das sind 87,0% des bisher bekanntgewordenen Zahlungsergebnisses von 10 337 000 000 Mark.

Bayerischer provisorischer Nationalrat.

München, 15. Nov. Das aus Arbeiter-, Soldaten- und Bauernvertretern gebildete Parlament der bayerischen Republik wird sich den Namen „Provisorischer Nationalrat der bayerischen Volksrepublik“ beilegen.

Nur vorübergehende Besetzung des Rheinlandes.

Genf, 15. Nov. Der französische Minister Pichon äußerte sich in einer Rede im Ausschuss für das Auswärtige, die Besetzung des linken Rheinuferes werde im Gegensatz zu Elsaß-Lothringen nur eine vorübergehende sein. Das linksrheinische Rheinland werde sobald als möglich an die deutsche Republik zurückgegeben werden. Für die Rheinlande werde keine französische Verwaltung eingerichtet, auch keine provisorische.

Versailler Friedensberatungen.

Genf, 15. Nov. Aus Paris wird berichtet, der Versailler Kriegsrat sei seit Dienstag in die Besprechung der Friedensfragen eingetreten. Beschlüsse würden aber erst in nächster Woche erfolgen.

Sanfting bei der Friedenskonferenz.

London, 15. Nov. Privattelegramme aus Washington melden, daß Sanfting als Mitglied der amerikanischen Abordnung aller Wahrscheinlichkeit nach an der Friedenskonferenz teilnehmen wird.

Friedensverhandlungen noch im November.

Amsterdam, 15. Nov. Nach der „Times“ werden die Friedensverhandlungen in der letzten Woche des November beginnen.

Schweiz und Holland in Wettbewerb um die Friedenskonferenz.

Genf, 15. Nov. An den Versailler Kriegsrat haben nach dem „Matin“ die schweizerische und holländische Regierung Gesuche gerichtet, die Friedenskonferenz in ihrem Gebiet stattfinden zu lassen. Der Kriegsrat ist in der Frage noch nicht schlüssig geworden.

Deutsche Flugzeuge in der Schweiz.

Basel, 15. Nov. Den schon früher gelandeten zehn deutschen Flugzeugen sind noch weitere vier gelangt. Die Besatzungen erklären, es würden noch mehr Flugzeuge nach der Schweiz kommen.

Italienischer Vormarsch in Tirol.

Basel, 15. Nov. Trotz der Räumung von Innsbruck durch die Bayern rücken die Italiener weiter über Innsbruck vor. Es heißt aber, daß sie vor der bayerischen Grenze Halt machen werden.

Ein französischer Minensucher explodiert.

Paris, 15. Nov. Der als Minensucher im Golf von Alexandrette verwendete Fischdampfer „Bavot“ lief am 6. November auf eine Mine und flog in die Luft. Vier Matrosen werden vermisst.

Englisch-französische Offensive gegen die Bolschewiken.

St. Petersburg, 15. Nov. Bei dem hiesigen Ministerium des Innern ist amtlich die Information eingetroffen, daß eine große englisch-französische Offensive gegen die Bolschewiken an der südrussischen Front bevorsteht. Bereits in den nächsten Tagen sollen umfangreiche und weittragende Aktionen in den Gouvernements Charkow und Kozlow am Don erfolgen.

Umsturzgelüste in Spanien.

Madrid, 15. Nov. (Cavas.) Da sich in der Nacht zum Donnerstag Versammlungen in den Straßen gebildet hatten, wurden Sicherheitsmaßnahmen ergriffen. Auch in Barcelona wurden Sicherheitsmaßnahmen ergriffen, da sich dort eine gewisse Erregung gezeigt hatte. Am Donnerstag herrschte auf der ganzen Halbinsel vollständige Ruhe.

Die Vorgänge in der Schweiz.

Bern, 15. Nov. Amtlich wird gemeldet: Heute früh wurde in der ganzen Schweiz die Arbeit wieder aufgenommen. Der Eisenbahnverkehr und der Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr sind wieder normal. Nach Abbruch des Generalstreiks fanden Donnerstagabend im ganzen Lande friedliche Kundgebungen statt. — Das Truppenangebot wird ausrecherchieren, da das revolutionäre Aktionskomitee einen neuen Landesstreik ankündigt. Für morgen ist die Bundesversammlung zu außerordentlicher Sitzung einberufen. Postgebäude und Bahnhöfe werden militärisch bewacht.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Die Erwerbslosenunterstützung liegt nunmehr als Belegentwurf vor. Danach sind die Gemeinden verpflichtet eine Erwerbslosenfürsorge einzurichten. Der ausländische Bundesstaat erhebt der Gemeinde $\frac{1}{10}$, das Reich $\frac{2}{10}$ der aus der Einrichtung erwachsenden Lasten. Soweit auf Grund der Bestimmungen vom 17. Dezember 1914 bestehend Kriegswahlfahrtpflege und der dazu beschlossenen Nachträge erhöhte Reichsmittel für eine Erwerbslosenfürsorge vorhanden sind, verbleibt es bei diesen Bewilligungen. Die Fürsorge erstreckt sich auf arbeitsfähige und arbeitswillige, über 15 Jahre alte Personen, die infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden. Die Dauer der erwerbslosen Unterstützung ist auf höchstens drei Monate festgesetzt. Weibliche Personen sind nur zu unterstützen, wenn sie auf Erwerbsfähigkeit angewiesen sind. Personen, deren frühere Ernährer arbeitsfähig zurückkehren, erhalten keine Erwerbslosenfürsorge. Unterstützte Erwerbslose sind verpflichtet, jede nachgewiesene, geeignete Arbeit auch außerhalb des Berufes und Wohnortes anzunehmen, wenn für die nachgewiesene Arbeit angemessener ortsüblicher Lohn geboten wird.

* Die Verschmelzung der liberalen Kräfte scheint weitere Fortschritte zu machen. So verlangt jetzt der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei für Groß-Berlin die Bildung einer großdeutschen auf demokratischem und republikanischem Boden stehenden Partei, die sich zur Aufgabe setzt, die Reichseinheit zu sichern und die politischen Grundzüge und Ziele des freiheitlichen Bürgerturns in Stadt und Land zur Geltung zu bringen. Mit der nationalliberalen Partei sind Verhandlungen in dieser Richtung hin ebenfalls im Gange.

Schweiz.

* Die Generalstreikbewegung ist anscheinend doch noch nicht zu Ende. In Bern hat sich nämlich neuerdings ein internationales revolutionäres Komitee gebildet, das über den Kopf des Oester Sozialdemokratischen Komitees hinweg und entgegen der von diesem getroffenen Entscheidung, den Generalstreik abzubrechen, seine Wiederaufnahme herbeizuführen sucht.

Frankreich.

* Es hat den Anschein, als ob die Annäherung an Deutschland weitere Fortschritte macht. So erscheint zum Beispiel eine Ausgabe der „Humanité“ unter der Überschrift: „Die Waffen nieder! Bürger! Es lebe die deutsche Republik! Es lebe die Weltrepublik!“ Catin erklärt, er finde es besonders erfreulich, daß die Entente Deutschland sofort mit Lebensmitteln helfen wolle. Verdächtig sei jedoch der Artikel über Räumungsbestimmungen für Westrußland und Zugangsbestimmungen der Alliierten über die Weichsel. In diesen sehe er eine verkappte Intervention der Entente, gegen die mit aller Entschiedenheit protestiert werden müsse. Auch „Populaire“ sieht eine weitere militärische Aktion der Entente voraus.

Großbritannien.

* Es ist unverkennbar, daß die Schwierigkeiten der Regierung dauernd wachsen. Die Arbeiter wollen mit der Regierung nicht mehr mitmachen und die Konferenz der Arbeiterpartei hat mit übergroßer Mehrheit beschlossen, die Beziehungen zur Regierung abzubrechen. Danach müssen die bisherigen aus Arbeiterkreisen stammenden Minister zurücktreten. Außerdem wurde neuerlich die Forderung angenommen, daß in der Friedensdelegation jedes Landes ein Arbeitervertreter sitzen müsse, und daß gleichzeitig mit der Friedenskonferenz der Regierungen und an demselben Ort eine Friedenskonferenz der internationalen Arbeiter- und Sozialistenverbände tagen soll.

Ungarn.

* Nunmehr scheint der Durchzug der Armee Madensens durch Ungarn gesichert zu sein. Die ungarische Regierung hat diesen nämlich gestattet unter der Bedingung, daß Madensens sich verpflichte, die Gegenrevolution nicht zu unterstützen, was dieser zugesagt hat. Von der Armee Madensens marschieren 20 000 Mann in der Richtung Kronstadt (Brassó), 35 000 Mann über den Rotenturmpaß, 10 000 stehen bei Orsova, 4000 auf dem Marsch vom Surodnpaß. Auch das Unentfernt, das an der süd-ungarischen Front stand, wird sich den Kruppen Madensens anschließen.

Aus In- und Ausland.

Prag, 15. Nov. Der ehemalige Kaiser Karl hat der böhmischen Regierung gegenüber den Wunsch geäußert, seinen ständigen Aufenthalt in Böhmen zu nehmen.

Osaka, 15. Nov. Um gegen revolutionäre Aufstände vorbereitet zu sein, bereiten sich jetzt im Lande Organisationen vor, sie sollen vor allem die Gemeindeverwaltung schützen. Im Süden des Landes hat bereits die Bewaffnung der Bauern mit Gewehren und Karabinern begonnen.

Berlin, 15. Nov. In etwa acht Tagen sollen englische und amerikanische Journalisten in Berlin eintreffen, denen die Reisepässe schon bewilligt worden sind.

Berlin, 15. Nov. Wie die Regierung erklären läßt, steht eine Neuordnung des Versorgungswesens für Kriegsbeschädigte auf reichsgefestlichem Wege bevor.

Stockholm, 15. Nov. Die Regierung hat ein neues Wahlrecht auf demokratischer Grundlage einschließlich des Frauenwahlrechts eingebracht.

Saag, 15. Nov. Aus Paris wird gemeldet, daß Talaat Pacha, Enver Pascha, Kemal Pascha, Nazim Pascha aus Konstantinopel geflüchtet sind.

Berlin, 15. Nov. Die ehemalige Kaiserin hat durch Vermittlung der holländischen Gesandtschaft die Erlaubnis erhalten, sich nach Holland zu begeben, wo sie inzwischen eingetroffen ist.

Berlin, 15. Nov. Der Führer der polnischen Sozialdemokratie, Dąbski, ist von Wilna zum Ministerpräsidenten der polnischen Regierung ernannt und mit der Kabinetsbildung betraut worden.

Locales und Provinziales.

Merktblatt für den 17. und 18. November.

Sonnenaufgang 7⁵² (7⁵³) | Monduntergang 6¹² N. (7⁰⁸ N.)
Sonnenuntergang 4⁰⁴ (4⁰²) | Mondaufgang 3²¹ N. (4⁰⁴ N.)

17. November. 1624 Bischof Jakob Böhme gest. — 1778 Geschichtsschreiber Friedrich Christoph Schloßer geb. — 1840 Schriftsteller Hermann Heiberg geb.

18. November. 1827 Dichter Wilhelm Hauff gest. — 1888 Mediziner Cesare Lombroso geb. — 1883 Richter Richard Dehmel geb.

Von der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Kreises Hirschberg in Warmbrunn.

Am gestrigen Freitag mittags 1¹/₂ Uhr fand im Gasthof „Zum Rynast“ in Hirschberg die Ausschlußsitzung der

Kasse statt, die vom Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Drahtwarenfabrikanten Trew, geleitet wurde. Es wurde folgendes verhandelt und beschlossen:

1. In den Rechnungsausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung wählte man die Herren Kurantstaltsbesitzer A. Berger, Berthelsdorf (Arbeitgeber) und Kontrolleur A. Lindner sowie Zimmerpolier S. Wäghold, Hirschdorf (Versicherte), als Stellvertreter Bezirkschornsteinfegermeister A. Heinrich, Cunnersdorf (Arbeitgeber) und Buchhalter Hoppe, Hermsdorf (Versicherter).

2. Der vom Geschäftsleiter vorgetragene und begründete Voranschlag für das Jahr 1919 fand mit dem Endbetrage von 549 000 Mark die unveränderte Annahme des Ausschusses. Der Voranschlag weist mit dieser Zahl auf das bedeutende Wachstum der Kasse auch während der Kriegszeit hin, denn er betrug für das Jahr 1918 noch 393 500 Mark.

3. Mit der Aufhebung der beiden Melde- und Zahlstellen Schreibhan-Gut und Hiersdorf Gut und deren Vereinigung mit der Zahlstelle Hermsdorf u. A.-Gut, erklärte sich der Ausschuss gleichfalls einverstanden. Mit dieser Maßnahme soll eine vereinfachte Geschäftsführung hinsichtlich aller bei der Herrschaft Schaffgotsch beschäftigten Mitglieder herbeigeführt werden.

4. Zu der in Aussicht genommenen Vereinigung der Betriebskrankenkasse der Firma Feine & Seifart in Cunnersdorf i. R. mit der hiesigen Kasse erteilt der Ausschuss, nachdem ihm von dem jetzigen Stand dieser Angelegenheit Kenntnis gegeben worden war, gleichfalls seine Zustimmung. Als Zeitpunkt für die Vereinigung wird der 1. Januar 1919 in Aussicht genommen.

5. Herr Geschäftsleiter Tser aus Warmbrunn verbreitete sich alsdann noch in den „geschäftlichen Mittellungen“ über den gegenwärtigen Stand der Kasse. Aus denselben sei folgendes hervorgehoben:

Am Ausgang des jetzigen großen Weltkrieges haben sich auch in unserem Rassenbezirk die Krankheiten in vergrößelter und verschärfter Form eingestellt und nehmen in außerordentlichem Maße die Mittel der Kasse in Anspruch. Allen ist bekannt, wie schwer die „Grippe“ mit ihren Folgeerscheinungen „Lungenentzündung“ usw. unsere Gegend gleichfalls heimgesucht hat. Diese tödliche Krankheit verschont keinen Ort unseres Kreises und herrscht ebenso in den hochgelegenen Tellen unseres Gebirges wie in der Niederung. Ein Abflauen der Seuche ist zurzeit bei uns noch nicht bemerkbar. Wir zählten heute dem zweiten — bekanntlich wesentlich schwereren Auftreten der Grippe vom 1. Oktober d. Js. ab 936 Krankheitsfälle. Hiervon betrafen 366 männliche und 570 Fälle weibliche Personen. Krankenhauseinweisungen sind hierbei 219 Fälle vertreten. Die erste Grippe-Epidemie in den Monaten Juni und Juli d. J. verursachte unserer Kasse eine Ausgabe von etwa 12 000 M., während die finanzielle Mehrbelastung während der gegenwärtigen Krankheitszeit noch nicht zu übersehen ist. Doch dürfte eine Mehrausgabe von 50—60 000 Mark nicht zu hoch gegriffen sein. Unter diesen Umständen ist für das Geschäftsjahr 1918 mindestens ein Fehlbetrag von 70 000 M. zu erwarten. Erschwerend kommt hierzu in Betracht, daß eine Besserung des Gesundheitsstandes der Bevölkerung für den kommenden Winter nicht zu erwarten ist. Dazu tritt noch die Tatsache, daß die Kasse durch die Zahlung von besonders zahlreichen Sterbegeldern — die jetzt auch zum Teil wesentlich erhöht sind — in Anspruch genommen wird. Also die Rücklagen unserer Kasse, die jetzt noch 254 000 Mark betragen, werden weiterhin bedeutend angegriffen werden müssen. Trotzdem hat der Vorstand unserer Kasse in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Beiträge — in Anbetracht der schweren Zeit — nicht zu erhöhen.

Die Mitgliederzahl der Kasse erhielt sich während des laufenden Jahres auf ziemlich gleicher Höhe. Die meisten Mitglieder zählten wir am 1. August d. Js. mit 11126 Personen, von denen 4020 männlich und 7106 weiblich waren. Die niedrigste Zahl war am 1. Januar 1918 mit 9356 Versicherten (8256 männlich und 6100 weiblich) vorhanden. Am 1. Oktober d. Js. erhielt die Kasse einen wesentlichen Zugang durch Aufnahme der Mitglieder der aufgelösten Betriebskrankenkasse der Firma Gebrüder Wohl in Schmiedeberg und Erdmannsdorf (550 Personen). Eine weitere Erhöhung tritt durch die am 1. Januar 1919 zu erwartende Aufnahme der Betriebskrankenkasse der Firma Feine & Seifart in Cunnersdorf i. R. (etwa 120 Personen) ein.

Seit dem 1. September d. Js. hat eine Erhöhung der Arztgebühren durch ministerielle Verfügung hinsichtlich der Preuß. Gebührenordnung auch für die hiesigen Rassenärzte stattgefunden. Dieselbe mußte für unsere Kasse ohne weiteres in Kraft treten, da eigentliche Arztverträge hier noch nicht bestehen. Unter den Rassenärzten haben wesentliche Veränderungen mit Ausnahme der durch militärische Einziehung veranlaßten, nicht stattgefunden. Anstelle des um die Kasse verdienten praktischen Arztes Herrn Dr. Gadowski in Hermsdorf u. Ryn, der im Felde verstorben ist, trat Herr Dr. Stolzmann von hier. Für den noch eingezogenen Herrn Dr. Hartwich in Erdmannsdorf trat Herr Dr. Wächter dortselbst die Rassenpraxis aus. Herrn Dr. Wäde-Schreibhan hat die Ausübung der Rassenärztigkeit für den 1. Januar 1919 gekündigt.

Auch mit den Dentisten des Rassenbezirks schweben Verhandlungen wegen Erhöhung der Gebühren. Dieselben dürften am 1. Januar 1919 in Kraft treten. Als Zahnärzte wurden zur Rassenpraxis die Herren Zahnärzte Vogel und Rasperkowitz in Hirschberg neu zugelassen.

In der Verwaltung der Melde- und Zahlstellen fanden personale Veränderungen in Schmiedeberg, Schreibhan und Hirschdorf statt. In Reibnitz ist dieselbe am 1. Januar 1919 zu erwarten.

Da auch vom Ausschuss angeregte Neuregelung der Krankentrolle trat am 1. Juni 1918 ins Leben. Der Rassenbezirk wurde zu diesem Zweck in 4 Bezirke eingeteilt und werden die Kontrollarbeiten im Nebenamt zumteil von im „Vaterländischen Hilfsdienst“ stehenden Personen ausgeübt.

Den Beamten und Angestellten der Kasse wurden abermals Teuerungszulagen vom Vorstand bewilligt.

In der darauffolgenden Besprechung erwähnte man besonders die jetzigen hohen Fuhrkosten der Ärzte und schlug weiterhin vor, zu den Ausschluß-Sitzungen fortan einen Vertreter des neuen Kreis-Volksausschusses einzuladen. Schließlich beantragte man noch, für die nächsten Krankenkassenwahlen die seltenerzeit abgeänderte Wahlordnung wiederum in der ursprünglichen Fassung (nur ein Wahlbezirk für den Kreis Hirschberg) herzustellen und eine dementsprechende Vorlage der kommenden Ausschluß-Sitzung zu unterbreiten.

□ Erleichterungen im Wertpaketverkehr. Bisher ist es aus Mangel an brauchbaren Verpackungstoffen, Bindfäden, Siegellack usw. den Absendern vielfach nicht möglich gewesen, bei Postpaketen von der Wertangabe Gebrauch zu machen. Infolgedessen blieb bei den jetzigen hohen Preisen der Schadenersatz, der seitens der Postverwaltung auf Grund des Postgesetzes in Verlust- und Beschädigungsfällen zu leisten war, oft hinter dem wirklichen Wert der Sendungen zurück. Nunmehr hat der Staatssekretär des Reichs-Postamts verfügt, daß von jetzt ab bei Paketen mit einer Wertangabe bis 100 Mark verlustfrei keine höheren Anforderungen in Verpackung und Verschluss zu stellen sind, als an gewöhnliche Pakete ohne Wertangabe. Insbesondere wird bei den Paketen bis 100 Mark keine Versiegelung mehr verlangt. Dadurch wird es jedem Absender möglich gemacht, Pakete im Werte bis 100 Mark ohne weitere Schwierigkeiten unter Entrichtung der Verpackungsgeld von 10 Pf. als Wertpakete aufzuliefern. Geht derartige Pakete verloren oder werden sie beschädigt oder beraubt, so wird bei der Ersatzleistung die Wertangabe zu Grunde gelegt, sofern nicht der angegebene Wert den gemeinen Wert der Sendung übersteigt. In diesem Fall wird nur der letztere ersetzt. Aus Betriebsrücksichten ist bei Paketen bis 100 Mark der Wert nur auf der gelben Paketkarte, nicht aber auf den Paketen selbst anzugeben.

* Turnverein. Wir machen nochmals auf den am heutigen Sonntag stattfindenden Ausflug des Vereins nach Seiborf aufmerksam. Abfahrt vom Schloßplatz mit der Elektrischen um 2,18 nachmittags. Gäste willkommen.

Hwensberg, 14. November. Die Stadtverordneten beschlossen in letzter Sitzung die Hergabe des Geländes an der Fischergasse zum Bau der geplanten Glanzfädenfabrik abzugeben, da nach eingeholten Gutachten bei einem etwaigen Bau der Fabrik die für die Stadt benötigte Wassermenge, sowie die Güte des Wassers in Frage gestellt sei.

Greiffenberg, 15. November. Auf dem Dominium Ober-Schosdorf sind zwei Treibriemen von 11 und 13 Meter Länge gestohlen worden. Für Wiederbringung der Treibriemen oder Ermittlung der Diebe sind 300 Mark Belohnung ausgesetzt.

Neurode, 14. November. In dem Arbeitsraume der hiesigen Drogenhandlung von Paul Rudraß entstand eine Explosion. Das Feuer ergriff auch die Kleider der in dem Arbeitsraume beschäftigten Mädchen, die teilweise schwere Verbrennungen erlitten, sodaß einige im Krankenhaus Aufnahme finden mußten. Eine ist lebensgefährlich verbrannt. Auch eine Mauer wurde zum Einsturz gebracht.

Volks- und Kriegswirtschaft.

* Der Getreidehandel in der Übergangswirtschaft. Vom Verein der Getreidehändler an der Hamburger Börse wird Einspruch gegen den angeblich vom Reichswirtschaftsamt erlassenen Gedanken erhoben, daß der Handelsvereinigung für Getreide, Futtermittel und Saaten G. m. b. H. der Einkauf im gesamten Auslande nach dem Kriege übertragen werden solle. Der Plan gehe dahin, den Handel zu betätigen und eventuell Einkaufsstellen im Auslande zu errichten. Der Handel sei dank seinen Beziehungen im Auslande vollkommen in der Lage, die Einfuhr selbst ohne jede Leitung der Handelsvereinigung zu verfahren. Die Übertragung des Einfuhrgeschäfts an eine Handelsvereinigung, also eine Zentralstelle, werde denselben Mißerfolg haben wie in der Ukraine. Der Verein der Getreidehändler zu Hamburg lehne es ab, unter einer solchen Kontrolle zu arbeiten, und habe seinen Einspruch dem Reichswirtschaftsamt telegraphisch bekanntgegeben.

* Bahrisches Notgeld. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Zur Behebung der immer drückender werdenden Zahlungsmittelnot hat die Regierung des Volksstaates Bayern (gez. Finanzminister Jaffe) beschlossen: 1. Es wird staatlich genehmigtes Notgeld ausgegeben, das für das gesamte bairische Staatsgebiet den anderen gesetzlichen Zahlungsmitteln an die Seite treten wird; mit der Ausgabe wird in allerhöchster Zeit begonnen werden. Der Beschluß der Regierung ist im Wesentlichen mit der Reichsbank ergangen. — 2. Es wird ferner verfügt, daß alle bis zum 1. April 1919 fällig werdenden Zinsscheine (Kupon) sämtlicher bairischer Staatsanleihen vom 15. November 1918 an bis zum jeweiligen Verfalltag das betreffende Zinsscheines den gesetzlichen Zahlungsmitteln gleich stehen. Sie sind von allen staatlichen Kassen, einschließlich jener der Eisenbahn und Post, ebenso aber auch von Privaten im geschäftlichen Verkehr anstandslos in Zahlung zu nehmen.

Welt und Wissen.

Eine Deutsche Gesellschaft zur Förderung des chemischen Unterrichts ist kürzlich mit einem Kapital von 30 Millionen Mark von Großindustriellen und Hochschulforschern gegründet worden. Die Gesellschaft bezieht die Förderung des chemischen Unterrichts an den deutschen Hochschulen durch Bewilligung von Geldmitteln, die auf Grund von jährlich stattfindenden Verhandlungen des Vorstandes mit den deutschen Unterrichtsverwaltungen der chemischen Hochschulkollegatoren für Lehrzwecke aller Art und für Hilfskräfte zur Verfügung gestellt werden, ferner durch Bewilligung von Geld an Dozenten und Assistenten für Zwecke der chemischen Forschung an den Hochschulen. Mitglied kann werden, wer einen Beitrag von mindestens 10 000 Mark bezahlt oder mindestens zehn Jahre lang einen Jahresbeitrag von 1000 Mark entrichtet.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Wegen Anstiftung zum Mord sowie wegen Mordtats war am 20. September der Arbeiter Emil Ludwig aus Harthau zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er hatte den 17 Jahre alten Mitangeklagten Kormerl, der wegen mangelnder Einsicht freigesprochen wurde, angestiftet, seine Tochter Hildegard Ludwig zu ermorden und an seiner Frau Maria Ludwig einen Mordversuch zu verüben. Das Reichsgericht verurteilte am 12. November die Revision des Verurteilten.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelisch-lutherische Kirche in Hirschdorf.
Sonntag, den 17. November, vormittag 9¹/₂ Uhr Predigt, Beichte und h. g. Abendmahl. Pastor Ruhlmann.

Bekanntmachung.

II. Nachtrag

1. zum Ortsstatut vom 19. Juli 1907 betr. Regelung des persönlichen Feuerlöschdienstes

im Gemeindebezirk Warmbrunn auf Grund des Gemeindebeschlusses vom 22. Oktober 1918.

I.

Der Absatz 1 des § 1 erhält folgende Fassung:
Zur Hilfeleistung bei Ausbruch eines Brandes im Gemeindebezirk Warmbrunn, sowie zur Uebungen und Geräteproben sind sämtliche arbeitsfähigen männlichen Ortsbewohner über 16 und unter 55 Jahren verpflichtet.

II.

Die vorstehende Bestimmung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Sie bleibt nur über die Dauer des Krieges bestehen.

Warmbrunn, den 30. Oktober 1918.

Der Gemeindevorstand.

(L.-S.)

J. B.: Düring.

Vorstehender Nachtrag wird hiermit genehmigt.

Hirschberg, den 9. November 1918.

(L.-S.)

Der Kreisaußschuß.
gez. von Gitter.

Bekanntmachung.

2. Die Butterausgabe

für Urlauber, Anstalten und Konditoreien findet von jetzt ab jeden Dienstag nachmittag von 1—3 Uhr in der Lebensmittelartenausgabestelle des Gemeindeamts statt.

Warmbrunn, den 16. November 1918.

Der Gemeindevorstand.

J. B. Düring.

Zum bevorstehenden Weihnachts-Fest empfehlen in noch reicher Auswahl

Handarbeiten
angefangen und aufgezeichnet,
aparte, feine Sachen.

Leinene

Decken, Läufer u. Kissen
sämtliche dazu gehörigen Garne
und Seiden. Ferner

Handtaschen, Spitzenkragen
weisse Tändelschürzen, Perl-
beutel, Lautenbänder u. dergl.
mehr

zu noch angemessenen Preisen

Ludwig & Kleinwechter
an den Bädern.

Stadt-Theater-Hirschberg.

Sonntag, den 17. November,
nachmittags 4 Uhr
zu ermäßigten Preisen

Ein Walzertraum.

Operette in 3 Akten von Oskar Strauß.

Abends 8 Uhr.

Sodom's Ende.

Schauspiel in 5 Akten von
Hermann Sudermann.

Scheuer-Kater

Fußboden-Dele

la Waschmittel

empfehlen

**Germania-
Drogerie.**

Visiten-Karten

liefert schnell und billig
Nachrichten und Tageblatt.

Verloren!

Eine grüne
Reisehandtasche

mit Portemonnaie im In-
halt auf dem Wege von
Bahnhof Warmbrunn bis
Ober-Giersdorf von armer
Kriegerwitwe.

Der ehrliche Finder wird
gebeten, gegen Belohnung um
Ab- oder Angabe
Fr. Lange, Giersdorf 127.

Puppenwagen 3. Laufzeit

Angebote unter Nr. 7 an die
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wer fertigt

elegante Straßenschuhe so-
wie Hauschuhe und Pant-
offeln.

Angebote unter „Schuhe
Nr. 50“ an die Geschäftsstelle.

Drucksachen

liefert schnell und billig

P. Fleischers, Buchdruckerei.

Die gänzlich mittellose Diaspora-Grenz-Gemeinde Neu-
berun (Kr. Pleß), welche sich seit dem 23. Juni 1910 eines
eigenen Bethauses erfreuen darf, entbehrt leider noch eines
eigenen Friedhofes.

Die Verstorbenen der in Neuberun wohnenden Evan-
gelischen müssen auf dem fünf Stunden entfernten Kirchhof
der Mutter-Gemeinde Anhalt (Kr. Pleß) bestattet werden war
bei den schlechten Landwegen sehr beschwerlich, ja im Winter
geradezu gefährlich ist.

Durch Ueberlassung eines Grundstückes soll nun, wills
Gott, im Herbst der Wunsch der Gemeinde nach einem eigenen
Friedhof in Erfüllung gehen. Die so gänzlich mittellose
Diaspora-Grenz-Gemeinde, welche nicht einmal die Kosten
für die Gottesdienste aufzubringen vermag, ist außer
Stande,

3000 Mark

betragenden Kosten für die Anlage des Friedhofes aufzu-
bringen, sie ist vielmehr, wie mit allen kirchlichen Bedürfnissen
auf die allseitige auswärtige Liebe lieber Freunde wie Vereine
angewiesen. Wer der armen Gemeinde die 3000 Mark bald
vermindern helfen will, wird herzlich gebeten, Gaben an den
Unterzeichneten zu senden. Im voraus allen lieben Spendern
in herzlichem Vergelt's Gott.

Hermisdorf u. R., September 1918.

von **Prittwik und Saffron,**
Stützenbeamter a. D.

Schuk-Mappen

wieder vorrätig

Preis 40 Pfg.

Nachrichten und Tageblatt.

Karlsruher

**Lebensversicherung
auf Gegenseitigkeit.**

bisher beantragte Versicherungen 1500 Millionen
Mk. Dividendenzahlungen an die Versicherten in
den drei Kriegsjahren 1914/16: 23 Millionen Mark

Mitversicherung der Kriegsgefahr.

Auskunft erteilt Buchdruckereibesitzer
Paul Fleischer in Warmbrunn.

Bezugs-Scheine

A2 und B1 hält

wieder vorrätig

P. Fleischers Buchdruckerei.

Stempel

**Gummi-Metall- und
Faksimile-Stempel**

für Behörden, Kaufleute u. Private
besorgt schnellstens zu Katalogpreisen

P. Fleischer's

Buchdruckerei, Warmbrunn.

**Invalidenmarkenstempel,
Stempelkissen und Stempel-
farbe** vorrätig.

Einmachen ohne Zucker.

Das wichtigste Hausfrauen- und Wirtschaftspraktikum
beim gegenwärtigen empfindlichen Nahrungsmittelmangel.

Frau Amtsrat Rose Stoll's beliebtestes Einmacherezept: Das Einmachen
der Früchte und Gemüse sowie die Vereitung von Frucht-
marmeladen, Obstweinen, Essig, usw. nach neuesten Grundrissen
vollständig neu bearbeitet von Johanna Schneider-Tomter, lehrte durch

320 Einmacherezepte

wie man Früchte, Pilze, Gemüse usw. unter Berücksichtigung des an-
dauernden Zuckermangels und der Erhaltung des natürlichen Frucht-
geschmacks bei wirklich unbegrenzter Haltbarkeit einmachen soll und
gibt auch zahlreiche erprobte Ratsschläge zur billigen und einfachen

Selbstbereitung von haltbarem Obst- und Gemüse-
Brotlaugenteig

Der beste Beweis für den Wert und die Unentbehrlichkeit des vor-
erwähnten Buches bietet wohl die Tatsache, daß bereits

64000 Exemplare in 12 Auflagen
verkauft sind. Der Preis des reichhaltigen Rezeptbuches beträgt nur
1,30 Mark beim Verlag dieses Blattes.

Grossen Erfolg

erzielt jeder Geschäftsmann,
wenn er seine Waren dem
Publikum in den stark ver-
breiteten und viel gelesenen

Nachrichten und Tageblatt

und Herlichdorfer Tageblatt

anzeigen. Inserate jeglicher
Art haben daher die denkbar
grösste Wirkung.
Bitte machen Sie einen Ver-
such und Sie werden unserer
Angabe Glauben schenken.

Erhöhung des Einkommens

durch Versicherung von Leibrente bei der

Preuss. Renten-Versicherungs-Anstalt.

Sofort beginnende gleichbleibende Rente für Männer: beim
Eintrittsalter (Jahre): 50 | 55 | 60 | 65 | 70 | 75

jährlich %, der Einlage 7,248 | 8,244 | 9,612 | 11,496 | 14,196 | 18,120

Bei längerem Auszubeh der Rentenzahlung wesentlich
höhere Sätze.

Für Frauen besondere Tarife.

Vermögenswerte Ende 1917: 138 Millionen Mark

Tarife und sonstige Auskunft durch **Hermann
Jäschke** in Warmbrunn, Schlossplatz 3.